

verfasst von Arne Bachmann und Jürgen Creutzmann; gehalten von Jürgen Creutzmann

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleg*innen, sehr geehrte Vertreter*innen der Presse sowie sehr geehrte Bewohner*innen des Landkreises Karlsruhe, mit dem Jahr 2022 habe eine sogenannte Zeitenwende begonnen... so wird es seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine immer wieder erzählt. Eine Zeitenwende, die alle vor neue Herausforderungen stellt und Gewissheiten der Vergangenheit infrage stellt. Was hat sich konkret geändert? Der Krieg in der Ukraine ist ein weiterer in einer langen Liste von Kriegen auf dieser Welt. Bürgerkriege in Mali und der Zentralafrikanischen Republik und im Jemen, Terrororganisationen wie die Taliban und die Boko-Haram, die die Menschen in Afghanistan und Nigeria terrorisieren, sowie auch die oft unter den Teppich gekehrten Angriffe auf Kurd*innen durch NATO-Partner Türkei.

All diese Kriege waren schon da. All diese Kriege, wie auch der Ukrainekrieg werden durch Waffenlieferungen befeuert und am "Leben gehalten". Und wenn von einem Tag auf den anderen 100 Milliarden für die Bundeswehr in Aussicht gestellt werden, möchten wir als LINKE nicht hören, dass zu wenig Geld für eine starke finanzielle Unterstützung für die Kommunen und Landkreise seitens des Bundes da wäre.

Ja, wir würden es begrüßen, wenn der Landkreis Karlsruhe ein starkes Zeichen für den Frieden, bspw. in einer gemeinsamen Erklärung gegen Waffenlieferungen einsetzen würde. Wir bleiben bei einer konsequenten Friedenspolitik und wissen auch, dass jede Waffe mehr das Leid nur verlängert. Auch durch die geplanten Lieferungen von in Deutschland gebauten Leopard-Panzern werden als Folge mehr Geflüchtete auch in den Landkreis Karlsruhe kommen werden. Krieg bleibt immer gleich, er vernichtet Existenzen und tötet Menschen. Wir erinnern gerne an den leider schon verstorbenen Karlsruher Friedensaktivist Uli Thiel von dem das Zitat stammt: "Frieden schaffen ohne Waffen".

Stichwort Geflüchtete:

Noch nie wurde ein Haushalt in solch unsicheren Zeiten eingebracht, haben sie in ihrer Haushaltsrede gesagt, Herr Landrat. Dem müssen wir als Linke deutlich widersprechen. Für die vielen Geflüchteten aus den Kriegsgebieten in aller Welt herrschen schon lange unsichere Zeiten. Daher begrüßen wir es als DIE LINKE selbstverständlich, dass der Landkreis im letzten Jahr viele Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen hat. Doch fordern wir diese Solidarität auch mit den Geflüchteten die von weit außerhalb Europas zu uns kommen, Geflüchteten, die eine andere Kultur haben, gar eine andere Religion. Da war man deutschlandweit leider um einiges weniger freizügig und hat sich wieder schnell medial um sogenannte Obergrenzen gestritten.

Stichwort Soziales und Gesundheit:

Im Bereich der Jugendhilfe haben Sie, Herr Landrat, die den enormen Mangel an Personal angesprochen, bei gleichzeitig steigender Anzahl an zu betreuender Kindern und Jugendlichen. Für DIE LINKE ist schon lange klar, dass in den sozialen Berufen, sei es in der Jugend oder Altenhilfe, nur dann Personal bekommen, wenn wir einerseits die oft prekären Arbeitsbedingungen massiv verbessern und andererseits auch endlich bereit sind, die Menschen, die diese Arbeiten tun, auch im Jahr 2023 meistens Frauen, besser zu bezahlen. Stattdessen bekommen wir auf der Bundesebene eine Pflegereform, welche letztendlich vor Allem den Fachkräfteschlüssel absenkt. Anstatt mit viel Geld sogenannte Experten alle Jahre wieder eine neue Reform ausbaldowern zu lassen, wäre dieses Geld in den Geldbeuteln des Personals besser aufgehoben. Von Zustimmung der LINKEN ist auszugehen, wenn vom Landkreis Karlsruhe ausgehend die unzureichende Lehrer*innenversorgung seitens des Landes kritisiert wird. Diese immer anspruchsvollere Arbeit mit unseren Kindern und Jugendlichen, besonders in den beruflichen Schulzentren des Kreises kann nicht von immer weniger Köpfen, Herzen und Händen geleistet werden.

Stichwort Energieversorgung

Die mit dem Ukrainekrieg einhergehende Energiekrise ist nach unserer Auffassung auch nicht wirklich als eine Zeitenwende zu betrachten. So rennen wir doch schon seit bald 50 Jahren sehenden Auges auf die Klimakatastrophe zu. Wäre früh genug in erneuerbare Energieträger investiert worden, so wären wir heute nicht abhängig von russischem, amerikanischem oder qatarischem Gas. Natürlich entstehen aufgrund der gestiegenen Energiekosten auch massiv Mehrkosten für öffentliche Haushalte und damit für den Landkreishaushalt. Ebenfalls wird Energie gespart, beispielsweise werden Gebäude des Landkreises zunehmend mit erneuerbaren Energien versorgt. Aber auch alle Einwohner*innen im Landkreis werden durch die steigenden, für deren Wohlergehen wir als Kreisrät*innen unseren Eid geschworen haben müssen unter den enorm gestiegenen Energiepreisen leiden. Die Frage wäre natürlich auch zu stellen: Was sind die Ursachen für diese maßlosen Preiserhöhungen? Familien im Niedriglohnsektor, Rentner*innen, Arbeiter*innen, Studierende aber auch Leistungsempfänger*innen haben Angst, dass Sie Ihre Miete nicht mehr zahlen können, dass sie sich und ihre Angehörigen nicht mehr ausgewogen ernähren können und dass sie im Winter frieren müssen. Dringend fordern wir als LINKE auch ein massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus durch die Wohnbaugesellschaft auf Kreisebene für bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum. Wir fordern, dass das Recht zu Wohnen zum Menschenrecht wird. Natürlich fallen die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise nicht vom Himmel; es sind

große Konzerne, die die Preise maßlos erhöhen und der so genannte freie Markt regelt hier nichts im Sinne der Bevölkerung. Wir fordern als LINKE auch im Kreistag des Landkreises Karlsruhe eine Übergewinnsteuer und wissen natürlich auch, dass wir diese als Kreistag nicht beschließen können. Aber wir könnten uns hier einig werden und mit anderen Kreisen und Kommunen solidarisch Druck auf das Land und den Bund ausüben, damit diese zum Wohle unserer Kreisbevölkerung kommt. Ich erinnere mich – als 2015 viele geflüchtete aus Kriegsgebieten in den Landkreis kamen war man schnell dabei, Kontakt mit dem Land und dem Bund aufzunehmen, um die Kreiskasse zu entlasten. Selbstverständlich ist der konsequente Weg Richtung erneuerbarer Energieversorgung im und durch den Landkreis Karlsruhe genau der richtige, den wir als LINKE tatkräftig unterstützen. Zum Stichwort "Energieagentur ist zu erwähnen, dass nicht nur ökologisch und ökonomisch der Druck ansteigt. Es gilt vielmehr sofort und noch viel weitergehend zu handeln, um, auch unter dem Eindruck von immer häufiger auftretende Hitze- und Dürrewellen sowie Überflutungen auch hier im Landkreis. Wie wäre es mit einer Kampagne im Landkreis zusammen mit Elektroinstallateuren: "Wir sind vom Fach - Photovoltaik auf jedes Dach! "Neben Daneben spielt für uns die Windkraft eine wesentliche Rolle als erneuerbarer Energielieferant für die Zukunft.

Der Vergangenheit angehören muss die endlich Atomkraft – wir denken nicht nur an die Kosten der Entsorgung des Bauschutts aus der Philippsburger AKW-Ruine. Ebenfalls muss die Kohle als Energieträger endlich der Vergangenheit angehören – und natürlich stehen wir als LINKE solidarisch mit den Klimaaktivist*innen in Lützerath und anderswo! Das 1,5 Grad-Ziel gilt es rasch zu erreichen, um auch unseren Landkreis lebenswert zu erhalten. Zum Wohle der Bevölkerung und um Schaden von ihr abzuwenden.

Als LINKE stehen auch fest zur Planung und Notwendigkeit des neue Landratsamtsdienstgebäudes. Die klimatechnisch fortschrittliche Idee, dieses Gebäude in einer Holzverbundbauweise zu errichten war ein auch ein Impuls der von der LINKEN hier im Kreistag damals ausging.

Stichwort ÖPNV:

Die Attraktivität des ÖPNV für alle Einwohner*innen im Landkreis und der Anspruch Bus und Bahn auch in den Gemeinden und Ortsteilen außerhalb der Stadtbahnlinien zu echte Alternative auch für Berufspendler*innen werden zu lassen scheitert aktuell sowohl noch am Ausbau als auch den immer noch viel zu teuren Ticketpreisen. Das 9-Euro-Ticket hat unserer Meinung nach gut funktioniert, es hat gezeigt, wie hoch der Bedarf wirklich ist, den ÖPNV zu nutzen, sowohl für Berufspendler*innen, die dann nicht mehr im Stau stehen müssen, hohe Spritpreise zahlen müssen und oft auf eine langwierige Parkplatzsuche gehen müssen aber auch für Freizeitfahrten gerade für Jugendliche, Rentner*innen und Menschen, die nicht so gut verdienen wurde eine weitere Ausflugsfahrt mit der Bahn teilweise erstmals möglich.

Als LINKE wollen wir sogar über das Ziel der 9-Euro-Ticketes hinaus einen kostenfreien Nahverkehr für alle Menschen schaffen und haben dafür ein Dreiphasen-Modell für Jahre entwickelt:

In der ersten Phase wollen wir alte Strecken wiederbeleben, schnellere Takte und mehr Personal – in diese Phase würden auch Ticketsenkungen, bspw. auf ein jährliches einheitliches 365-Euro-Ticket fallen, dass ja zunächst für Jugendliche tatsächlich vorgesehen ist;

In der zweiten Phase wollen wir mehr Personal, mehr Schienen- und Fahrzeugproduktion und die Kommunen sollen Zuschüsse vom Land und vom Bund erhalten

In der dritten Phase schließlich einen ticketfreien Nahverkehr mit Mobilitätsgarantie zum Wohle aller Einwohner*innen im Landkreis.

Als LINKE hören wir dann oft die Frage: Wie wollt ihr das finanzieren?

Die notwendigen Einnahmen kann der Bund durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen, bspw. beim Flugverkehr oder bei den Dienstwagenprivilegien und durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für Superreiche erhalten. Ebenfalls kann auf kommunaler Ebene eine Gemeindefinanzierungssteuer eingeführt werden.

Grundsätzlich bewerten wir als LINKE die Landkreisebene als kommunalpolitische Gestaltungsebene und nicht nur als Verwaltungsebene. Wir vertreten die Auffassung, dass eine starke Stellung der Landkreise im Gesamten die Voraussetzung für einen sozial-ökologischen Wechsel in der Gesellschaft werden lassen kann, wenn das politisch gewollt ist.

LINKE Haushaltspolitik muss sich auf Schwerpunkte konzentrieren, unsere Schwerpunkt sind die sozial und ökologisch und wir haben stets, die vom Haushalt Betroffenen im Hinblick. Das sind alle Menschen die im Landkreis Karlsruhe leben und auf deren Wohlergehen haben wir als LINKE Kreisträte unseren Eid geschworen.

Für den Großteil der Bevölkerung ist in diesem vorgelegten Haushalt unserer Meinung zu wenig drin, daher wird die Gruppe DIE LINKE hier im Kreistag dem Haushalt heute nicht zustimmen.

Ich schließe mit den Worten Bertolt Brechts: "Und weil der Mensch der ein Mensch ist, drum brauch' er was zu essen bitte sehr! Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her."
Vielen Dank.